

Warum wir Sozialistinnen und Sozialisten sind Beitrag zu einer modernen Sozialdemokratie

HerausgeberInnen:

Oltener Kreis Linker SozialdemokratInnen sowie:

Franco Cavalli

Margret Kiener Nellen

Stéphane Rossini

Zürich, Januar 2004

Inhalt

1. Vorwort.....	3
2. Unsere Ziele	3
3. Der Kapitalismus in der Krise.....	4
4. Die Krise der Linken und das Strohfeuer der «Neuen Mitte».....	5
5. Gewerkschaften und globalisierungskritische Bewegung.....	5
6. Die Situation in der Schweiz.....	6
7. Bürgerlicher Grossangriff gegen die Demokratisierung der Gesellschaft.....	6
7.1. Der Abbau des Sozialstaates.....	7
7.2. Die Privatisierung des Service Public.....	7
7.3. Die Politik der leeren Kassen	7
8. Neustrukturierung des Bürgerblocks und reaktionäre Regierungsmehrheit.....	8
9. Die SP Schweiz braucht eine Orientierungsdebatte.....	8
10. Allianzen und Regierungsbeteiligung auf Bundesebene.....	9
11. Die SP Schweiz zwischen Regierungsbeteiligung und sozialer Opposition.....	10
11.1. Jugend, Frauen, Migration.....	11
12. Ein strukturelles Reformprogramm.....	11
12.1. Soziale Rechte.....	12
12.2. Zukunft für Arbeit und Umwelt.....	12
12.3. Gleichstellung.....	13
12.4. Demokratisierung der Wirtschaft.....	13
12.5. Für einen bürgerInnennahen, demokratischen Staat.....	14
12.6. Demokratische Völkergemeinschaft und Internationalismus.....	15
13. Für einen modernen und demokratischen Sozialismus.....	16
13.1. Freiheit und Gleichberechtigung	16
13.2. Frieden und Solidarität	17
13.3. «Sozialismus oder Barbarei».....	17
14. UnterstützerInnen.....	18

Impressum

AutorInnen und Redaktion:

Franco Cavalli, NR SP Tessin

Davy Graf, Co-Präsident SP Zürich 9, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Daniel Hügli, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Margret Kiener Nellen, NR SP Bern, Gemeindepräsidentin Bolligen

Philipp Müller, Mitglied der GL SP Schweiz, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Stéphane Rossini, NR SP Wallis

Mark Roth, Gemeinderat SP Stadt Zürich, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Wolf Stettler, Vorstandsmitglied SP Zürich 3, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Rebekka Wyler, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Adrian Zimmermann, Vizepräsident SP Bern-Süd, Vorstandsmitglied Oltener Kreis

Dieser Text darf ganz oder teilweise vervielfältigt und weitergegeben werden. Änderungen, Publikation oder Übersetzungen bedürfen der Genehmigung; bitte wenden Sie sich an info@socialism.ch.

1. Vorwort

Die Schweiz befindet sich politisch, sozial und wirtschaftlich an einem Wendepunkt. Die neoliberalen Triumphgebärden und die Versuche, der Sozialdemokratie eine sozialliberale Neuorientierung aufzuzwingen, haben vermehrtem sozialem und politischem Widerstand Platz gemacht. Die Gewerkschaften mobilisieren, die Linke bezwingt - zum Beispiel beim Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) - die vereinigten Liberalisierungsprediger. Mit der Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003 wird die rechtskonservative SVP auch formell zur führenden Kraft des in die Defensive gedrängten Bürgerblocks. Die Konfrontation zwischen links und rechts gewinnt an Substanz und eine Reihe von Fragen drängt sich auf:

Wie soll die SP Schweiz als wichtigste linke Partei den Herausforderungen der Zukunft begegnen? Wohin geht der Weg? Was sind die Grundlagen einer modernen Sozialdemokratie?

Der vorliegende Text ist ein Beitrag des Vorstands des Oltener Kreises linker SozialdemokratInnen und mehrerer sozialdemokratischer Nationalrätinnen und Nationalräte zu dieser Debatte. Wer an einem Wendepunkt steht, benötigt Anhaltspunkte über den bisher gegangenen Weg. Am Anfang werden daher einige wichtige Punkte der jüngsten Entwicklungen diskutiert. Wer die künftigen politischen und sozialen Kämpfe mit Bestimmtheit angehen will, muss schlagkräftig handeln können. Deshalb setzen wir uns mit Fragen der Oppositionspolitik, dem Verhältnis zur Regierungsmacht und den möglichen AllianzpartnerInnen auseinander. Wer sich für eine freie, solidarische, egalitäre und antikapitalistische Schweiz einsetzt, braucht ein Programm. Für uns Sozialistinnen und Sozialisten gründet dieses auf einer radikalen Demokratisierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, so wie dies die sozialdemokratische Bewegung schon immer gefordert hat. Dieses Programm ist heute aktueller denn je.

2. Unsere Ziele

Ziel der Sozialdemokratie ist eine Gesellschaftsordnung, die durch die Beseitigung jeder Art von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung die Menschen befreit und ihren Wohlstand sichert. Dieses Ziel will die Sozialdemokratie über eine Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche erreichen.

Immer mehr behindert die kapitalistische Profitlogik die Entfaltung der produktiven Fähigkeiten der Gesellschaft. Die menschliche Arbeitskraft wird immer intensiver ausgebeutet, der wissenschaftliche Forschungsdrang und die künstlerische Schöpfungskraft stossen zunehmend an die Schranken eines kurzfristigen Renditedenkens. Eine fortschrittliche Politik bedingt ein Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur, das den Kampf um eine neue Gesellschaft aufnimmt. Die oligarchische Herrschaft der Kapitalbesitzer über Wirtschaft und Gesellschaft muss durch eine demokratische Gemeinwirtschaft ersetzt werden.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist die politische Vertretung der materiellen und kulturellen Interessen der Werktätigen im Allgemeinen, der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten im Besonderen. Zu den von der Sozialdemokratie vertretenen Gruppen gehören auch die in Ausbildung stehenden zukünftigen Werktätigen und die RentnerInnen als ehemalige Werktätige. Die Gewerkschaften, deren Hauptaufgabe die Interessenvertretung der Lohnabhängigen ist, und die Sozialdemokratische Partei bilden die beiden Hauptpfeiler der ArbeiterInnenbewegung. Während sich bürgerliche PolitikerInnen und Unternehmerverbände für den Erhalt und die Erweiterung der Privilegien einer reichen Minderheit einsetzen, kämpft die ArbeiterInnenbewegung für die Rechte der Mehrheit und die Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung. Die

Freiheit, die Wohlfahrt und die gesicherte Zukunft aller Menschen bilden somit das Ziel der Arbeiterschaft in ihrem Aufstieg vom rechtlosen Proletariat des 19. Jahrhunderts über die Lohnabhängigen des 20. Jahrhunderts, die durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen eine bessere Lage erringen konnten, hin zu den freien Produzenten in der Wirtschaftsdemokratie der Zukunft.

3. Der Kapitalismus in der Krise

Krieg, Krise und Faschismus prägten die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wie der englische Sozialhistoriker Eric J. Hobsbawm in seiner eindrücklichen Darstellung des 20. Jahrhunderts gezeigt hat, folgte diesem «Katastrophenzeitalter» das «Goldene Zeitalter». Die Folgen schrankenloser Kapitalherrschaft waren breiten Bevölkerungsschichten bewusst geworden, die ersten Nachkriegsjahre waren deshalb geprägt von radikalen Sozialreformen. Der ausbrechende Kalte Krieg verhinderte, dass sich diese Reformen in eine systemüberwindende Richtung ausbauen liessen. Dennoch kam es zu einer Steigerung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit der Lohnabhängigen, weshalb sich diese faktisch mit den bürgerlich-kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnissen abfanden. Denn die Lage der Lohnabhängigen im sozialstaatlich flankierten Kapitalismus unterschied sich markant von den Zuständen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Ein starkes Wirtschaftswachstum, der Ausbau des Sozialstaates, die Zunahme des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft durch einen starken öffentlichen Sektor und die keynesianische Konjunktursteuerung führten zu einer rapiden Verbesserung der Massenkaufkraft.

Doch gerade diese sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit wurden in den letzten 30 Jahren zunehmend in Frage gestellt. Die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit gingen seit 1973 im «Erdrutsch» (E. J. Hobsbawm) der Wirtschaftskrise und der neokonservativen Abbaupolitik verloren. In den 1970er Jahren sah es zunächst so aus, als ob die neue Krise des Kapitalismus zu seiner Überwindung führen könnte – erinnert sei an die imposanten Streikwellen in den Jahren 1968 und 1969 hauptsächlich in Frankreich und Italien, an den Höhepunkt des sozialdemokratischen Reformismus, der mit Namen wie Olof Palme, Willy Brandt und Bruno Kreisky verbunden ist, und an die weitreichenden Stukturreformprojekte der vereinigten französischen Linken. Doch stattdessen folgte ein massiver Gegenangriff des Kapitals: Um eine neue Stufe sozialdemokratischer Reformpolitik – die Einführung von Wirtschaftsdemokratie und Investitionslenkung – zu verhindern, kündigte das Grosskapital den Kompromiss mit den ArbeiterInnenorganisationen auf. Gleichzeitig liessen sich sozialdemokratisch geführte Regierungen in Deutschland, England und Frankreich Ende der 1970er Jahre und anfangs der 1980er Jahre auf erste neoliberale Experimente ein. Der neoliberale Marktradikalismus, bis dahin Gedankengut einer kleinen Sekte von Ökonomen, wurde zur wirtschaftlichen Hauptdoktrin. Für ihn war jede Einschränkung der Marktfreiheit «Sozialismus». Sein Programm war radikal und reaktionär: Deregulierung, Privatisierung, Schwächung des Sozialstaates und der staatlichen Handlungsfähigkeit, Zerschlagung der Gewerkschaften, militärische Aufrüstung, Kontrolle der Dritten Welt durch die Bretton Woods-Organisationen. Nach den Wahlsiegen von Margaret Thatcher und Ronald Reagan wurde die neoliberale Theorie erstmals in zwei führenden Industriestaaten umgesetzt. Mit der konsequenten Verwirklichung des marktradikalen Programms wurde erreicht, dass die obersten Einkommensschichten viel reicher, die unteren dagegen deutlich ärmer geworden sind. Auch der Lebensstandard der mittleren Einkommensschichten wurde durch drohende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zunehmend unsicherer.

Die letzten 30 Jahren waren eine Phase des Stagnation. Gegenüber den 1950er und 1960er Jahren sind die Wachstumsraten deutlich zurückgegangen. Daran konnte auch die gewaltige Produktivitätssteigerung im Zuge der «digitalen Revolution» nichts än-

dern. Trotzdem haben einige Ideologen vom endgültigen Sieg des Kapitalismus und von der Überwindung der Konjunkturzyklen und der Arbeitslosigkeit phantasiert. Solche Hirngespinnste sind in einer Zeit entstanden, die durch den Zerfall des Sowjetblocks und durch einen kurzen, explosionsartigen Anstieg der Börsenkurse im Sog der Spekulation mit Anlagetiteln in der sogenannten «New Economy» geprägt wurde. Diese Blütezeit des Neoliberalismus ist vorbei. Davon zeugen das Platzen der Börsenblase und der Zusammenbruch vieler führender Konzerne (u.a. Enron, Worldcom, Swissair, Parmalat). Trotzdem setzt das Bürgertum weltweit immer noch auf dieselben Rezepte und singt die Litanei der Marktgläubigkeit.

Die USA sind die einzig übrig gebliebene Supermacht. In den USA selbst wird die Macht seit dem Wahlsieg von George Bush jun. zunehmend durch eine kleine Schicht bigotter Konservativer ausgeübt, die mit monopolkapitalistischen Strukturen eng verbunden sind. Dies hat zwei Folgen: Einerseits die Rückkehr zu autoritären Gesellschaftsstrukturen – eine Tendenz, die auch bei uns immer spürbarer wird. Andererseits die Rückkehr zu einer traditionelleren Art des Imperialismus. Die Welt wird heute wieder eher durch Bomben und Flugzeugträger dominiert als durch die Bretton-Woods-Institutionen.

4. Die Krise der Linken und das Strohfeuer der «Neuen Mitte»

Der weltweite Vormarsch der marktradikalen Konterrevolution seit Anfang der 1980er Jahre, die damit einhergehende Krise des sozialdemokratischen Reformismus und der Zusammenbruch des «realsozialistischen» Sowjetblocks stürzten die Linke in eine tiefe Krise. Trotzdem kam es Mitte der 1990er Jahre zu einer Welle linker Wahlsiege. In einem Grossteil der europäischen Länder regierte erstmals seit den 1970er Jahren wieder die Sozialdemokratie, teilweise zusammen mit grünen und sogar kommunistischen Parteien. Die Wahlerfolge waren in erster Linie ein Ausdruck des Widerstands breiter Bevölkerungsschichten gegen die Härte der bürgerlichen, marktradikalen Programme zur Restrukturierung der Gesellschaft. Doch in ihrer programmatischen Orientierungslosigkeit gelang es diesen linken Regierungen nicht, mit der neoliberalen Denkweise zu brechen. Der Sozialliberalismus beschränkte sich darauf, die marktradikalen Umstrukturierungsprogramme sozial abzufedern. Diese Mischung aus Konzeptlosigkeit und opportunistischer Neuorientierung fand ihren theoretischen Niederschlag im heute schon wieder vergessenen «Schröder-Blair-Papier» mit seiner verhängnisvollen Orientierung an einer nebulösen «Neuen Mitte» als Ersatz für eine ernsthafte Analyse. Dieser Verzicht auf eine alternative Gestaltung der Gesellschaft wurde begleitet von der Lösung der traditionell engen Bindung an die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften. Sogar die zentralen Errungenschaften des reformistischen «Goldenen Zeitalters» wurden durch die sozialliberale Strömung in Frage gestellt: die Sozialversicherungen, der öffentliche Wirtschaftssektor, die gesetzliche und gesamtarbeitsvertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Spätestens in der Katerstimmung nach dem Rausch der «New Economy» wurde klar, dass das Versprechen der «Neuen Mitte», für «Innovation und Gerechtigkeit» zu sorgen, unter den Prämissen neoliberaler Wirtschaftspolitik nicht einzulösen ist. Die Folge war eine Kette von Wahlniederlagen, deren Grund vor allem die Abwanderung enttäuschter traditioneller Wählerschichten in die Wahlabstinenz oder die rechtspopulistische und links-extreme Protestwahl ist.

5. Gewerkschaften und globalisierungskritische Bewegung

Der Vormarsch des Neoliberalismus drängte die Gewerkschaften zunächst in die Defensive. Doch gerade die marktradikalen Abbaumassnahmen weckten bei vielen Lohnabhängigen wieder die Einsicht in die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Wider-

stands. Die Gewerkschaften lieferten in den letzten Jahren die entscheidenden Impulse zur Stärkung der Linken. Gewerkschaften sollten aber weder zu Ersatzparteien noch zu unpolitischen Service-Organisationen werden. Ihrer Aufgabe als «organisierendes Zentrum» der Bewegung (Karl Marx) werden sie nur dann gerecht, wenn sie ihr Kerngeschäft stärken: die Interessenvertretung der Lohnabhängigen im Betrieb, in den Branchen und auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Die andere Strömung, die schon vor den Protesten gegen den Irak-Krieg eine gewisse Mobilisierungskraft bewiesen hat, ist die globalisierungskritische Bewegung. Ausgehend von den Protesten gegen die WTO-Konferenz in Seattle 1999 haben sich für weitere Protestaktionen gegen Treffen internationaler Wirtschaftsorganisationen und in den Sozialforen AktivistInnen verschiedenster sozialer Bewegungen vernetzt. Es besteht allerdings die Gefahr, dass sich diese Bewegung in Aktionismus und Demonstrationstourismus verzettelt, der allzu leicht mit polizeilicher Repression zu bekämpfen ist. Die globalisierungskritische Bewegung ist theoretisch häufig zu unbedarft und organisatorisch zu heterogen und gespalten, um den Kampf für eine gerechtere Welt anführen zu können. Dennoch ist diese Bewegung eine wichtige Bündnispartnerin für Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

Die Sozialdemokratie, die in den letzten Jahren konzeptlos agierte, wird durch die kämpferische Neuorientierung der Gewerkschaften und die globalisierungskritische Bewegung zu einem Überdenken ihrer Strategie gedrängt. Tut sie das nicht, dann riskiert sie, dass der Neuorientierungsprozess der Linken von sektiererischen Elementen dominiert wird, was ihn nach und nach versanden lassen würde. Die Hoffnung vieler junger Leute könnte dann in Verzweiflung umschlagen, was immer ein fruchtbarer Boden ist für gewalttätige, kontraproduktive Elemente. Die Lehren aus den 1970er Jahren, als Rote Brigaden und RAF den Sieg der neoliberalen Konterrevolution begünstigten, müssen gezogen werden.

6. Die Situation in der Schweiz

Die wirtschaftlichen und parteipolitischen Entwicklungen, die sich auf europäischer und globaler Ebene vollzogen, liessen auch die Schweiz und die hiesige Sozialdemokratie nicht unberührt. Doch die grossen Standortvorteile und die daraus resultierenden höheren Profitraten führten dazu, dass sich diese Umwälzungen hier später als anderswo durchsetzten. So wurden «nachholende» soziale Reformen (Arbeitslosenversicherung, BVG- und KVG-Obligatorium) noch in der Zeit des «Erdrutsches» nach 1973 beschlossen. Deshalb und aufgrund der erhöhten Arbeitslosigkeit sind die Sozialausgaben bei uns in den letzten 15 Jahren angestiegen. Der von den bürgerlichen Wirtschaftspropheten zu Beginn des dritten Jahrtausends vollmundig verkündete wirtschaftliche Aufschwung war aber kaum spürbar und hat bereits einer neuen Krise Platz gemacht. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und einst als sicher geltende Arbeitsplätze werden in grossem Massstab abgebaut. Die Rezession scheint sich zu einem Dauerzustand zu entwickeln. Das Bürgertum insistiert auf seinen neoliberalen Rezepten, die eine Abwärtsspirale auslösen und den Zustand weiter verschlechtern werden.

7. Bürgerlicher Grossangriff gegen die Demokratisierung der Gesellschaft

Das bürgerliche Krisenmanagement nimmt den sozialen Rückschritt bewusst in Kauf, einen Rückschritt, der auf Gegenreformen in drei zentralen Politikbereichen beruht. Sozialabbau, Privatisierungen und Politik der leeren Kassen sind keine zufälligen Phänomene. Sie sind vielmehr die wichtigsten Standbeine einer klaren Strategie des

Bürgerblocks mit dem Ziel einer Umverteilung des Wohlstands weg von den Arbeitenden hin zu den Vermögenden.

7.1. Der Abbau des Sozialstaates

In der Altersvorsorge wollen die bürgerlichen Parteien den Kompromiss der 1970er Jahre, welcher zur Einführung des «Drei-Säulen-Modells» geführt hat, aufkünden. Die Vorschläge Innenminister Couchepins und der grossen Unternehmerverbände, das AHV-Alter auf 67 und später 70 Jahre zu erhöhen, überbietet der neue Bundesrat Merz noch mit Forderungen nach Privatisierung der AHV und nach Entlastung der Reichen vom solidarischen Lastenausgleich in der AHV. Dank starkem Widerstand konnte die Indexierung der Renten vorerst gerettet werden. Die Fehlinvestitionen der Pensionskassen und die Folgen der korrupten Machenschaften und der übersteigerten Managergehälter in den Privatversicherungen sollen durch höhere Beiträge der Versicherten und einen lächerlich tiefen Mindestzinssatz wieder gedeckt werden. Schliesslich hat die Gegenreform der Arbeitslosenversicherung dazu geführt, dass Tausende von Arbeitslosen ausgesteuert wurden und nun auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

7.2. Die Privatisierung des Service Public

Hier setzt sich die in den 1990er Jahren mit der Aufteilung der PTT in Post und Swisscom begonnene Entwicklung fort. Der Referendumserfolg gegen das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) im Jahr 2002 hat die Wirtschaftsliberalen zwar gebremst. Doch Infrastrukturminister Leuenberger und das Bundesgericht drängen auf eine rasche «Korrektur» des Volksentscheides. Der Stellenabbau bei der Post und die Auslagerung rentabler Geschäftszweige zeigen, wohin die Liberalisierung führt: Arbeitsplatzverluste, Aushöhlung der Gesamtarbeitsverträge, steigender Druck auf die Werkstätigen, Reduktion der Ausbildungsplätze, Qualitätsrückgang, schleichende Privatisierung der lukrativsten Aktivitäten, Verschleiss von Ressourcen und Senkung der Kaufkraft. Dass das zuständige Departement und zwei wichtige öffentliche Unternehmungen (Post und SBB) von Sozialdemokraten geführt werden, die diese Abbauprozesse mit vorantreiben, anstatt den öffentlichen Sektor zu verteidigen, ist für die Partei eine Belastung. Seit dem Beginn der Liberalisierung der Telekom im Jahr 1998 wurden nur wenige Arbeitsplätze geschaffen. Während qualifizierte Stellen abgebaut wurden, nahm der Anteil an unqualifizierten Stellen im Telefonmarketing stetig zu, die Löhne stagnierten oder sanken, Umsatz und Profite stiegen massiv an.

Kurz: Die demokratische Kontrolle in zentralen Bereichen des täglichen Lebens, einst beispielhafte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im öffentlichen Sektor und der Ausgleich zwischen rentablen und weniger rentablen Geschäftszweigen haben der Privatisierung und Preiserhöhungen Platz gemacht.

7.3. Die Politik der leeren Kassen

Das Grosskapital und seine bürgerlichen VertreterInnen in Parlament und Regierung hören nicht auf, die knappen Staatsfinanzen zum staatspolitischen Hauptproblem zu stilisieren. Dies, obschon die Finanzierung des Staatsdefizits für die gleichen Kreise seit jeher eine sichere Anlageinvestition war. Mitten in einer Krise sollen die Ausgaben für den Sozialstaat und die Infrastruktur massiv gesenkt werden. Dass diese Massnahmen die Rezession noch zusätzlich verschärfen, scheint die Verantwortlichen nicht zu stören. Immer mehr gleicht diese Politik dem katastrophalen Krisenmanagement während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, als das Budgetgleichgewicht ebenfalls zum goldenen Kalb erhoben wurde. Die Folgen sind bekannt: seither nicht mehr gekannte Arbeitslosenzahlen und der Aufstieg des Faschismus. Gleichzeitig mit den

Sparmassnahmen auf dem Buckel breiter Volksschichten verteilen die bürgerlichen Parteien massive Steuergeschenke an die Gutverdienenden und Reichen. Kurz: Dem Staat werden auf der Einnahmenseite die Mittel genommen, um eine intelligente Krisenpolitik zu betreiben, und das in der Krise wachsende Defizit soll danach durch Einschränkungen der Leistungen für die grosse Mehrheit der Bevölkerung abgebaut werden.

8. Neustrukturierung des Bürgerblocks und reaktionäre Regierungsmehrheit

In der politischen Landschaft der Schweiz verschob sich mit den Eidgenössischen Wahlen 2003 und der anschliessenden Wahl von Christoph Blocher und Hans-Rudolf Merz in den Bundesrat die Hegemonie im bürgerlichen Lager auch formell vom durch die Kopp- und Swissair-Affären schwer angeschlagenen Freisinn zur Blocher-SVP. Bereits vor seiner Kapitulation vor Blochers Ultimatum bewegte sich der Freisinn noch einmal deutlich nach rechts. Innerhalb des umstrukturierten Bürgerblocks zeichnet sich folgende Arbeitsteilung ab: Die FDP wird die «Drecksarbeit» beim Abbau des Sozialstaates übernehmen, wie die Vorschläge von Couchepin und Merz zeigen. Die SVP wird versuchen, mit ihren autoritär-populistischen Phrasen – «Asylmissbrauch», «Scheininvalide», Law and Order, «Ausverkauf der nationalen Identität» – genügend Stimmen zu gewinnen, um vordergründig eine demokratische Legitimität aufzuweisen. Das Einknicken einer Parlamentsmehrheit vor dem Ultimatum Blochers ist in diesem Zusammenhang als das Resultat eines Kräftegleichgewichts der Schwäche zu sehen: Die bürgerliche Hegemonie ist seit dem Swissair-Zusammenbruch, den diversen Pensionskassenskandalen und der Ablehnung des EMG schwer angeschlagen. In dieser Situation warf sich das Grossbürgertum seinem einst ungeliebten «enfant terrible» in die Arme. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass die potentiell spaltenden Faktoren zwischen dem etablierten Grossbürgertum und den «nouveaux riches» im Umfeld Blochers seit dem Einschwenken der offiziellen Europapolitik auf den bilateralen Weg und dem Platzen der Ebnerschen Visionen weitgehend entfallen sind.

Die Linke ihrerseits konnte von dieser Schwäche des Bürgertums zuwenig profitieren, weil ihre Positionen zu unklar und ihre Analysen mangelhaft waren. Zu lange trugen grosse Teile der SP und der Grünen die Liberalisierungsmassnahmen mit. Blocher wurde rein moralisch kritisiert, statt dass seine klassenpolitische Bedeutung als Vertreter einer neuen Schicht von Rentiers verstanden worden wäre. Die Wirtschaftsskandale wurden von linker Seite ähnlich oberflächlich wie durch die wohlinteressierte SVP primär zu parteipolitischer Polemik auf Kosten der FDP instrumentalisiert, anstatt dass die Sozialdemokratie grundlegende antikapitalistische Kritik geäussert und eine wirtschaftsdemokratische Alternative aufgezeigt hätte.

9. Die SP Schweiz braucht eine Orientierungsdebatte

Die Orientierungskrise der SP Schweiz ist keine neue Erscheinung. In den 1990er Jahren profitierte die Partei sowohl von den erwähnten sozialdemokratischen Wahlsiegen in fast allen Ländern Europas wie auch von der taktischen Brillanz ihres damaligen Präsidenten. Die Geprellten der neoliberalen Umstrukturierung sahen in ihr das Bollwerk gegen Sozialabbau, die «dynamische proeuropäische Mitte» liess sich vom Reformdrang des Parteipräsidenten mitreissen. Aber gleich nach dem Wahlerfolg 1995 wurde die latente Orientierungskrise offensichtlich, weil die simple Botschaft – «wir meistern den Strukturwandel zugunsten der Lohnabhängigen» – nur in Ausnahmesituationen greifen konnte. Meistens setzte sich weiterhin das normale Kräfteverhältnis zugunsten der Bürgerlichen durch. Ein Beispiel dafür ist die damals auch innerhalb

der Parteilite gefeierte PTT-Reform: Diese sollte die «Reformfähigkeit» der Partei beweisen und ihren Anspruch untermauern, einzige «Europapartei» der Schweiz zu sein. Die Partei beging den verhängnisvollen Fehler, Gegenreformen als «alternativlos» zu akzeptieren, mit der Begründung, diese seien unabdingbare Schritte hin zum Ziel der europäischen Integration. In der Öffentlichkeit wurde das zweitrangige Ziel des EU-Beitritts zunehmend als Hauptziel der Partei wahrgenommen. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Kernanliegen der Partei wurden zu wenig beachtet, was der Glaubwürdigkeit der Partei vorab bei Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten schadete.

Seither hat sich die Lage geändert. Die einst die Parteimitte führende Gruppe um Peter Bodenmann wirkt nur noch in Ausnahmesituationen bestimmend – zuletzt im Rahmen der Swissair-Krise. Auch der blairistische Flügel, die Gruppe um das Gurtenmanifest, hat viel an Glanz verloren. Insbesondere der Sieg gegen das EMG zeigt eine Rückbesinnung auf grundlegende sozialdemokratische Überzeugungen. Während zwei Drittel der SP-Fraktion dem Gesetz zustimmten, gelang es dem linken Parteiflügel, den Gewerkschaften und einigen Exponenten der Umweltverbände, die sich durch die bürgerliche Propaganda nicht täuschen liessen, in der Partei die Nein-Parole durchzusetzen. Auch wegen dieser hart erkämpften Neupositionierung der Partei sind die Privatisierungen und Deregulierungen in der Schweiz bisher weniger weit gegangen als im übrigen Europa. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein sind weitere Deregulierungen und Privatisierungen höchst unpopulär. Dies dürfte mit ein Grund sein für den Zuwachs der Linken bei den Parlamentswahlen.

Dennoch steht in der Partei programmatisch und praktisch vieles nicht zum Besten. Die innerparteiliche Diskussion läuft zur Zeit auf Sparflamme und die politische Tätigkeit erschöpft sich weitgehend im Taktieren von Tag zu Tag. Die Positionen der Parteitoppschwanken daher recht stark. Gesamthaft gesehen macht die SP den Eindruck einer Partei, die fast alle ihre Energien im täglichen Kampf verbraucht mit Motionen, Postulate und Initiativen, ohne genau zu wissen, wohin sie will. Deshalb konnte die Partei das vorhandene Potential für einen Wahlsieg nicht ausschöpfen, deshalb konnte sie dem Ultimatum der SVP nicht entschieden genug entgegenreten. Doch so wichtig die Tagesarbeit ist, sie allein macht noch keine sozialdemokratische Politik aus. Die Krise der Linken kann nur dann überwunden werden, wenn gründliche Analysen der heutigen Situation und eine moderne sozialistische Strategie und Zukunftsperspektive entwickelt werden.

10. Allianzen und Regierungsbeteiligung auf Bundesebene

Die SP Schweiz muss sich grundlegenden Fragen zu ihrer Bündnispolitik und zur Regierungsbeteiligung stellen. In einem Land, in dem etwa die Hälfte der gewerblich-industriellen Arbeiterschaft kein Stimmrecht besitzt und wo die Mechanismen der halbdirekten Demokratie grosses Gewicht haben, kann sich eine sozialistische Kraft nicht zum Ziel setzen, eine absolute Parlamentsmehrheit über opportunistische Zugeständnisse zu erobern. Sie muss vielmehr eine kämpferische, jederzeit referendumsfähige Partei mit einem WählerInnenanteil von rund 30 bis 35 Prozent werden. Sollten sich die Bedingungen ändern, was insbesondere von den Entwicklungen im Ausland abhängt, können sich auch die unmittelbaren Zielsetzungen ändern.

Unter den jetzigen Bedingungen und in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann eine Sozialdemokratische Partei nur insofern eine regierungstragende Kraft sein, als sie damit zu einer Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen beiträgt. Es geht dabei nicht um eine sterile Debatte «Bundesrat ja oder nein», sondern um die konkrete Frage, *wie* die SP im Bundesrat agieren soll und unter welchen Bedingungen sich diese Regierungsbeteiligung lohnen kann. So zeigt der ins Auge springende Unterschied zwischen den neun Jahren Ruth Dreifuss und dem einen Jahr Pascal Cou-

chepin an der Spitze des EDI, dass hartnäckige und prinzipientreue sozialdemokratische Regierungspolitik am richtigen Ort einen Einfluss haben kann.

Die Sozialdemokratie darf sich jedoch nicht auf die parlamentarische Arbeit beschränken. Eine Änderung der sozialen Kräfteverhältnisse kann nur eintreten, wenn gleichzeitig auch die soziale Opposition der unterschiedlichen demokratischen Bewegungen deutlich stärker wird. Zu dieser sozialen Opposition muss die SP jederzeit gehören, denn sie kann nur im Spannungsfeld zwischen Regierungsbeteiligung und sozialer Opposition gedeihen.

11. Die SP Schweiz zwischen Regierungsbeteiligung und sozialer Opposition

Um die Politik wirksam mitgestalten zu können, muss die Linke wieder stärker werden. Dazu braucht es eine Regierungszusammensetzung, in der Mitte-Links-Mehrheiten möglich sind. Dies ist mit der gegenwärtigen absoluten Regierungsmehrheit der Rechtsbürgerlichen ausgeschlossen. Seit dem Rücktritt von Ruth Dreifuss und verstärkt seit der Wahl der rechtsbürgerlichen Viererbande hat die Macht der SP auf Regierungsebene abgenommen. In einer solch schwachen Position haben die Sozialdemokratie und die durch sie vertretenen werktätigen Volksschichten in der Regierung nur wenig zu gewinnen.

Die Umstände der Wahl des rechtskonservativen Zweiergespanns Blocher-Merz und die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Konkordanzpolitik der Vergangenheit angehört. Nach dem sozialen kündigt der Bürgerblock nun auch offen den politischen Frieden auf. Die Antwort der Sozialdemokratie liegt in einer konstruktiven und entschlossenen Oppositionspolitik.

Das Ziel ist eine SP mit einer stärkeren Vertretung in der Bundesversammlung, einer ausgewiesenen Referendumsfähigkeit und einer stärkeren Bewegungsorientierung. Die jetzige Regierungszusammensetzung ist unakzeptabel, sie darf nicht zu einer neuen «Zauberformel» werden. Als Gegengewicht zum Bürgerblock kann und muss eine durch konsequente Oppositionspolitik gestärkte Sozialdemokratie auch die Forderung nach einem dritten Sitz im Bundesrat stellen.

Eine selbstbewusste Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Kräften, in erster Linie den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen, sind die wichtigsten Elemente einer sozialdemokratischen Allianzpolitik der Zukunft. Eine solche Bündnispolitik wird von Fall zu Fall auch auf Teile des bürgerlichen Lagers, insbesondere die Bauernschaft und auf bürgerliche AngestelltenvertreterInnen ausstrahlen.

Die schweizerische Linke ist zu schwach, um sich in internen parteipolitischen Abgrenzungsmanövern zu verlieren. Angesichts des heute vorherrschenden Kräfteverhältnisses ist es Aufgabe der SP Schweiz, eine klare Führungsrolle unter den linken Parteien zu spielen.

Die zunehmende Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften und die Tatsache, dass die Unternehmer den sozialen Frieden zunehmend aufzukündigen bereit sind, müssen dazu beitragen, dass die Anliegen der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften wieder zum selbstverständlichen Kern sozialdemokratischer Politik werden. Nur so wird es möglich sein, den Widerstand der Werktätigen gegen die neokonservativen Attacken zu stärken und einen offensiven Kampf für die Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft zu führen.

Die Partei muss sich stärker in den sozialen Bewegungen engagieren. Wie die Grossdemonstrationen gegen den neoimperialistischen Krieg der USA im Irak oder gegen den Hegemonieanspruch der G8 im Rahmen des Evian-Gipfels 2003 zeigten, besteht

ein ansehnliches Mobilisierungspotential, das nicht nur sektiererischen Politorganisationen überlassen werden sollte. Positionspapiere und medienwirksame Inszenierungen nützen dabei wenig. Der politische Apparat der Partei muss sich in eine bewegungs- und kampagnenpolitische Richtung umorientieren. Neben einer aktiven und prägenden Teilnahme der SP an den wichtigen Sozialforen und Demonstrationen sind vor allem verstärkte Bemühungen der Partei notwendig, bei der Ausarbeitung gemeinsamer Strategien der beteiligten Organisationen (Gewerkschaften, MieterInnenverbände, Kleinbauernvereinigungen, Umweltverbände, Entwicklungsorganisationen, Friedensbewegung, Frauenorganisationen usw.) mitzuhelfen und diese in Parlamenten und Regierungen zu vertreten.

Schliesslich ist von zentraler Bedeutung, dass sich die Parteiorganisation diesen neuen Umständen entsprechend verhält. Das Zentralsekretariat der SP Schweiz muss in diesem Zusammenhang zu einem eigentlichen permanenten Kampagnensekretariat umgebaut werden. Bisherige SympathisantInnen und der Partei nahestehende Personen sollen zum Beitritt bewegt werden, um die Aktionsfähigkeit zu erhöhen. Ein Vertrauensleutenetz muss aufgebaut werden, um effiziente Kampagnen zu führen. Die Herausforderungen der Zukunft sind ohne einen schlagkräftigen Parteiapparat nicht zu bewältigen.

11.1. Jugend, Frauen, Migration

Im Zusammenhang mit den obenerwähnten Auseinandersetzungen sind drei gesellschaftliche Gruppen speziell zu erwähnen: die Frauen, die MigrantInnen und die Jugend. Alle drei sind vom Rechtsrutsch besonders betroffen und stellen deshalb wichtige BündnispartnerInnen einer Sozialdemokratie in der Opposition dar.

Die Jugend spielt eine zentrale Rolle im Kampf um eine demokratische Gesellschaft, da sie von den Entscheidungen der Mächtigen und Besitzenden auf lange Frist betroffen ist. Auch stellen Jugendliche einen grossen Teil der AktivistInnen in ausserparlamentarischen Gruppierungen. Weiter sind die Gewerkschaftsjugend und die JungsozialistInnen (JUSO) als Jugendverbände mit pointiert linker Ausrichtung wichtige PartnerInnen einer modernen Sozialdemokratie.

Eine starke Vertretung der MigrantInnen nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der Partei muss unser Ziel sein. In Zusammenarbeit mit den politischen Organisationen der MigrantInnen muss die Sozialdemokratie deren Interessen in der Politik vertreten. Dazu gehören insbesondere die Fragen der Bürgerrechte und der Integration, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch die auf Arbeit und Wirtschaft im Allgemeinen bezogenen Themen.

Ähnliches gilt für die Frauen, welche durch Sozialabbau, Rechtsrutsch und patriarchale Strukturen noch härter getroffen werden. Die Zusammenarbeit mit und Mitarbeit in progressiven Frauenorganisationen und Frauenstrukturen innerhalb von Partei und Gewerkschaften ist für eine effiziente und breit abgestützte Opposition gegen den Rechtsrutsch unverzichtbar. Die autonomen Frauenstrukturen innerhalb der SP müssen auf allen Ebenen aufrechterhalten und gestärkt werden. Sie dürfen keinesfalls zugunsten eines diffusen Begriffs von «Gender Mainstreaming» aufgegeben werden. Ebenfalls sind diese Strukturen als Vorfeldorganisationen der Sozialdemokratie in der Frauenbewegung zu verstehen.

12. Ein strukturelles Reformprogramm

Die SP und die Linke in der Schweiz müssen eine Alternative zur Politik des Bürgerblocks ausarbeiten, die sich in strukturellen Reformen konkretisiert. Darunter verstehen wir Massnahmen, die in der Lage sind, die Gesellschaft grundlegend zu verän-

dern. Der rote Faden eines solchen radikalen Reformprogramms ist die kontinuierliche Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Auf internationaler Ebene führen strukturelle Reformen zum Aufbau einer demokratischen Völkergemeinschaft.

12.1. Soziale Rechte

Die wichtigste Tagesaufgabe der Linken ist der Kampf für die soziale Besserstellung der Lohnabhängigen.

Die AHV ist der Grundpfeiler des schweizerischen Sozialstaats. Sie ist die effizienteste Sozialversicherung und steht finanziell auf einer soliden Grundlage. Im Bereich der Altersvorsorge muss es darum gehen, die AHV auszubauen, damit sie ihren Verfassungsauftrag, die Existenzsicherung im Alter, endlich erfüllen kann. Dazu ist eine deutliche Leistungsverbesserung mit einer starken Erhöhung der Minimalrenten notwendig. Ein Baustein dazu kann auch die gewerkschaftliche Forderung nach einer 13. AHV-Rente sein. Um dies zu erreichen, muss unter Wahrung der Rentenansprüche und Besitzstände der Versicherten das Drei-Säulen-System grundlegend in Frage gestellt werden. Die Flexibilisierung des Rentenalters und das Recht auf AHV-Bezug nach 40 Beitragsjahren tragen den veränderten Bedingungen in der Arbeitswelt Rechnung.

Die Forderung nach einkommens- und vermögensabhängigen Krankenkassenprämien und nach einer Einheitskasse bilden die Grundlage einer linken Gesundheitspolitik. Das unsoziale Kopfprämiensystem und der unkontrollierte Einfluss von kostentreibenden, profitorientierten Lobbys (Pharmaindustrie, Krankenkassen, Privatkliniken) führte in den letzten zehn Jahren zu einem massiven Anstieg der Prämien und damit faktisch der unsozialen indirekten Steuern. Nur eine staatlich kontrollierte und regulierte Gesundheitspolitik, ein eidgenössischer Gesundheitsdienst, kann der Explosion der Kosten wirksam und sozial sinnvoll entgegenreten. Private Profitinteressen haben in diesem grundlegenden Gesellschaftsbereich nichts verloren.

12.2. Zukunft für Arbeit und Umwelt

Arbeit und Natur sind die einzigen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums. Eine Wirtschaftsordnung, die im Interesse des kurzfristigen Profits einer kleinen Gruppe von Kapitaleigentümern die menschlichen Fähigkeiten und natürlichen Ressourcen ausbeutet, kann daher nie zukunftsfähig und effizient sein. Ein grundlegender Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ist notwendig.

Massenwohlstand und umweltverträgliches Wirtschaften sind kein Widerspruch. Die vollständige Umstellung der materiellen Energiebasis auf erneuerbare Ressourcen ist ein gewaltiges Investitionsprogramm, das auf lange Sicht die Vollbeschäftigung sichern kann. Es ist unhaltbar, dass heute hunderttausende von Lohnabhängigen um ihren Arbeitsplatz zittern müssen, während eine aktive Arbeitsmarkt- und Investitionspolitik den Ausbau des öffentlichen Sektors in der Bildung, im Gesundheitswesen und den Einstieg in den demokratisch-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen könnte.

Dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung halten wir das Recht auf Arbeit entgegen. Die Arbeitslosenversicherung muss zur Arbeitsversicherung umgebaut werden, einem Instrument der aktiven Arbeitsmarktpolitik, das bei vorübergehender Beschäftigungslosigkeit zur Finanzierung von sinnvollen Weiterbildungsmassnahmen und Beschäftigungsprogrammen dient.

Um diese Ziele umzusetzen, muss die öffentliche Hand ihre Verantwortung in der Wirtschaftspolitik wieder stärker wahrnehmen. Sie darf nicht mehr wie bei der Swissair den Managern Milliarden schenken, ohne die Kontrolle über diese Investitionen zu

behalten. Die in der Verfassung verankerte antizyklische Konjunkturpolitik ist konsequent umzusetzen. Kartelle und Konzerne sind unter eine strenge öffentliche Kontrolle zu stellen, wozu in erster Linie die Preisüberwachung ausgebaut werden muss. Durch Zukunftsinvestitionsprogramme in ausgewählten Wachstumsfeldern – finanziert durch die Besitzenden – muss die öffentliche Hand für Vollbeschäftigung und die Stärkung der Massenkaufkraft sorgen.

12.3. Gleichstellung

Das Thema der effektiven Gleichstellung der Geschlechter ist eines der zentralen Themen der Sozialdemokratie, sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb der Parteiorganisationen. Die Benachteiligung der Frauen ist nach wie vor akut: Frauen arbeiten in schlecht bezahlten Berufen, oft in prekären Arbeitsverhältnissen. Das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» ist noch immer nicht umgesetzt. Besondere Aufmerksamkeit muss den Migrantinnen gelten, welche häufig doppelt diskriminiert werden und deren rechtlicher Status oft ungesichert ist.

Die soziale Absicherung von Frauen ist schlechter als diejenige von Männern. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Altersvorsorge. Das Drei-Säulen-System muss in einer Weise reformiert werden, die auf die Bedürfnisse von nicht der (männlichen) Norm entsprechenden Erwerbsbiographien Rücksicht nimmt. Teilzeitarbeit muss in Bezug auf die soziale Sicherheit der Vollzeiterwerbsarbeit gleichgestellt werden.

Dem Thema der unbezahlten Arbeit (Reproduktionsarbeit) muss vermehrt Beachtung geschenkt werden. Die Wichtigkeit dieser Arbeit, welche zum grössten Teil von Frauen erledigt wird, muss von der Gesamtgesellschaft anerkannt werden. Sie ist in die betreffenden volkswirtschaftlichen Überlegungen mit einzubeziehen. Dies gilt insbesondere für Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherheit.

Weiter haben Frauen das Recht auf eine angemessene Vertretung auf allen Hierarchieebenen, sei es in Wirtschaft, Politik oder Verwaltung. Frauen und Männer sollen die Möglichkeit haben, sich sowohl im Beruf als auch in der Familie zu verwirklichen. Dazu sind Betreuungsstrukturen und ein kombinierter Mutter- und Vaterschaftsurlaub notwendige Voraussetzungen. Alleinerziehende und Familien, die unter dem Existenzminimum leben, sind besonders zu unterstützen.

Gewalt gegen Frauen ist immer und überall zu bekämpfen. Dies gilt auch für sexuelle Belästigung jeglicher Form. Prävention muss bereits an den Schulen einsetzen. Spezifische Einrichtungen wie Frauenhäuser sind von der öffentlichen Hand zu unterstützen.

12.4. Demokratisierung der Wirtschaft

Die anhaltende Krise und die Firmenzusammenbrüche der letzten Jahre zeigen es deutlich: Die Gleichsetzung von uneingeschränkter Kapitalherrschaft und «freiem Spiel der Märkte» einerseits, wirtschaftlicher Effizienz und Prosperität andererseits ist absurd. Das Versagen der von den Kapitalbesitzern und ihrer Shareholder-Value-Orientierung getriebenen Manager, die oft noch mit astronomischen Abgangsentschädigungen «belohnt» werden, zeigt klar: Die Besitzenden haben nicht nur den Werktätigen entgegengesetzte Interessen, sie sind zunehmend auch nicht mehr in der Lage, eine moderne Wirtschaft zu führen. In Bewegungen gegen Betriebschliessungen wie bei Adtranz, Swissair und Zyliss richtet sich das von den Besitzenden geförderte Betriebsgemeinschaftsdenken plötzlich gegen sie: Die hohe Verbundenheit der meisten schweizerischen Lohnabhängigen mit «ihrem» Betrieb wird plötzlich zur Gewissheit, dass man die Unternehmung selbst sicher nicht schlechter geführt hätte als die abgehobene Manager-, Shareholder- und Consultantkaste.

Die Frage nach den Machtverhältnissen in der Wirtschaft, nach dem Ersatz des kapitalistischen Wirtschaftsabsolutismus durch die demokratische Gemeinwirtschaft rückt deshalb zuoberst auf die politische Tagesordnung. Wegen der zunehmenden Kapitalkonzentration und der immer bestehenden Möglichkeit, wirtschaftliche Macht in politische Macht umzuwandeln (Musterbeispiele sind Silvio Berlusconi und Christoph Blocher), wird die Demokratisierung der Wirtschaft eine Frage der Verteidigung der Demokratie überhaupt.

Ein schweizerisches Betriebsverfassungsgesetz muss wirksame Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrechte der Lohnabhängigen gesetzlich verankern. Betriebskommissionsmitglieder und gewerkschaftliche Vertrauensleute sind durch dieses Gesetz mit einer Immunitätsregelung vor Entlassungen zu schützen. Teile des Managements und der Verwaltungsräte sind durch die Belegschaft und ihre gewerkschaftliche Vertretung zu bestimmen. Als Vertretung eines Wirtschaftszweiges oder einer Wirtschaftsregion sind nicht nur die Unternehmerverbände, sondern auch die jeweiligen Organisationen der Beschäftigten und der Konsumierenden anzusehen, wobei die verschiedenen Organisationen in paritätischen Branchenräten und regionalen Wirtschafts- und Sozialräten zusammengefasst werden könnten.

Jede weitere Privatisierung muss verhindert werden. Vielmehr müssen Infrastruktur- und Versorgungsleistungen wie beispielsweise das Hochspannungsnetz oder die Energieerzeugung im Interesse des Gemeinwohls umgehend vollständig sozialisiert werden. Das Gleiche gilt für den Sektor der obligatorischen Vorsorge und Versicherungen (BVG und KVG): Wie Vergangenheit und Gegenwart bewiesen haben, sind die profitorientierten Unternehmen nicht in der Lage, sozialverträgliche Krankenkassenprämien oder gar die berufliche Vorsorge zu garantieren.

In Schlüsselindustrien (z.B. der Pharmabranche) und dem Finanzsektor müssen weitgehende Sozialisierungsmassnahmen wieder ernsthaft geprüft werden. Auf gesamteuropäischer Ebene muss eine vernünftige Regelung der Kooperation statt der Konkurrenz zwischen den verschiedenen einzelstaatlichen öffentlichen Unternehmungen gefunden werden. Genossenschaften und Gemeindebetriebe als dezentrale und übersichtliche Form der Gemeinwirtschaft sind besonders zu fördern. Marktmechanismen sind dort zu nutzen, wo dies sinnvoll für die demokratische gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsplanung ist.

12.5. Für einen bürgerInnennahen, demokratischen Staat

Der Staat stellt heute in der Schweiz den am meisten demokratisierten Gesellschaftsbereich dar. Mit dem exklusiven Staatsbürgerschaftsrecht und einer immer wieder auftretenden Eigendynamik von Armee, Polizei und Bürokratie sind aber auch bei uns noch Elemente eines autoritären Staatsapparats vorhanden. In Zeiten der angeschlagenen bürgerlichen Hegemonie und im Sog der neokonservativen US-Politik mehren sich wieder Tendenzen, politische Konflikte mit Gewalt, Überwachung und Repression auszutragen. Die Ereignisse anlässlich des WEF in Davos, des G8-Gipfels in Evian wie auch die Verhärtung in der Drogen- und Erziehungspolitik oder die häufiger verfügten Verwahrungen zeigen dies.

Eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ist ein Gebot demokratischer Prinzipien. Die Einbürgerung muss zum reinen Verwaltungsakt mit Rekursmöglichkeiten werden, sämtliche niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer sollen automatisch Schweizerbürgerinnen und -bürger werden. Eine umfassende Integrationspolitik, etwa über Sprachkurse während der Arbeitszeit und für nicht berufstätige Frauen und Männer, muss die Voraussetzungen schaffen, dass eingewanderte Schweizerinnen und Schweizer am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen können.

Das normale strafrechtliche und polizeiliche Instrumentarium genügt, um durch

politischen Extremismus motivierte Straftaten zu ahnden. Die politische Polizei ist daher abzuschaffen, die bereits mehrfach vom Volk abgelehnte Bundessicherheitspolizei darf auch in verdeckter Form nicht eingeführt werden. «Assistenzdienste» der Armee für die Polizei sind zu verbieten, die Militärjustiz ist ersatzlos abzuschaffen. PolizistInnen, ZollbeamtlInnen und Armeeingehörige sind StaatsbürgerInnen in Uniform. Deshalb sind militaristische Strukturen abzubauen, den Korpsangehörigen volle staatsbürgerliche und gewerkschaftliche Rechte zu gewähren. Verfehlungen von Korpsangehörigen sind aufzuklären und angemessen zu ahnden. Die bewaffneten Organe dürfen nicht länger einen Staat im Staat bilden.

Ausarbeitung und Vollzug von Gesetzen sind für die Bürgerinnen und Bürger oftmals ebenso entscheidend wie der eigentliche Beschluss, der sie in Kraft setzt. In vielen Bereichen bestehen eigentliche Machtkomplexe zwischen den zuständigen Stellen der Bürokratie und den entscheidenden monopolkapitalistischen Interessen – zum Beispiel bei Energie und Rüstung, im Gesundheitswesen und im Versicherungswesen. Dies führt heute beispielsweise dazu, dass in den Expertenkommissionen des Bundesamts für Energie die EMG-GegnerInnen, die immerhin die Volksmehrheit bilden, gegenüber den EMG-BefürworterInnen deutlich in der Minderheit sind. Eine Demokratisierung der Staatsverwaltung muss allen direktbetroffenen Kreisen angemessene Einflussmöglichkeiten auf die Verwaltung einräumen.

12.6. Demokratische Völkergemeinschaft und Internationalismus

Gegen den Unilateralismus und Neoimperialismus der USA, gegen den Rückfall in chauvinistischen Nationalismus und klerikalen Fundamentalismus muss die Völkergemeinschaft gestärkt werden. Eine erneuerte und demokratisierte UNO muss ausreichende Mittel erhalten, um weltweit Völkerrecht und individuelle Menschenrechte genauso wie soziale und demokratische Volksrechte garantieren und durchsetzen zu können. Nicht eine militärische «Welpolizei», sondern eine an den Interessen der breiten Bevölkerungsschichten orientierte weltweite Entwicklungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sind dafür entscheidend. Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) müssen mit den volksfeindlichen Dogmen des Neoliberalismus brechen und unter die Kontrolle der Völkergemeinschaft gestellt werden. Länder und Wirtschaftsgemeinschaften, in denen demokratische Bewegungen einen nennenswerten Einfluss haben (EU, Südafrika, Mercosur) müssen stärker zusammenarbeiten und ein Gegengewicht zu den USA aufbauen. Dieses Gegengewicht soll politischer, wirtschaftlicher und kultureller, nicht aber militärischer Natur sein. Ziel ist nicht der Aufbau einer imperialistischen Konkurrenzmacht, sondern einer Gegenmacht mit dem Ziel einer neuen, demokratischen und solidarischen Weltordnung.

Die Schweiz hat als Kleinstaat alles Interesse an einer auf der kollektiven Sicherheit und nicht dem Recht des Stärkeren aufbauenden Weltordnung und an einer ausgebauten multilateralen Zusammenarbeit. Nur so kann auch die Bevölkerung eines Kleinstaates in der Weltpolitik mitentscheiden.

Im Gegensatz dazu unterstützen die Schweizer Wirtschaftsbesitzer den US-amerikanischen Imperialismus und den vorherrschenden Neoliberalismus. Dies erklärt auch die Schizophrenie der schweizerischen Aussenpolitik: Sie unterstützt die Völker in der technischen Zusammenarbeit (DEZA), die Ausbeuter dieser Völker in der Aussenwirtschaftspolitik (Seco).

Die Neutralität muss Grundlage der schweizerischen Aussenpolitik bleiben. Für uns Sozialistinnen und Sozialisten ist die Neutralität nicht wie für die nationalistische Rechte eine opportunistische Gesinnungsneutralität, ein ideologisches Deckmäntelchen für die Selbsterniedrigung der Schweiz zu einem Offshore-Finanzplatz für die

Steuerflüchtlinge aller Länder. Neutralität schliesst nicht grundsätzlich internationale Zusammenarbeit, wohl aber jede Kollaboration mit Macht- und Militärblöcken aus.

Die Tendenzen zu einer verstärkten Militarisierung der EU-Aussenpolitik, antidemokratische Tendenzen in einzelnen Mitgliedstaaten, beispielsweise Italien, und die ungebrochene Vorherrschaft marktradikaler Dogmen in der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik der EU zeigen, dass die schweizerische Sozialdemokratie ihre grundsätzlich positive Haltung zu einem EU-Beitritt zukünftig mit einer viel deutlicheren Kritik an der realexistierenden EU verbinden und ihre Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften in der EU verstärken muss.

13. Für einen modernen und demokratischen Sozialismus

Ein moderner demokratischer Sozialismus ist nur als Projekt einer Gesellschaft auf einem hohen materiell-technischen Niveau denkbar, mit dem Ziel, die Herrschaft der freien und lebendigen Arbeit über die Produktionsbedingungen herzustellen. An die Stelle der Herrschaft der Konzernherren und Finanzmärkte über die von ihren Produktionsmitteln getrennten Werktätigen muss eine freie Assoziation aller Menschen treten, die Produktion und Konsum bewusst nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gestalten. Die Entwicklung der Produktivkräfte muss sich von einem Mittel der Herrschaft von Menschen über Menschen und der schrankenlosen Ausplünderung der Natur in ein Mittel zur Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums auf der Grundlage eines bewusst gestalteten Stoffwechsels von Mensch und Natur verwandeln.

Grundlage des Sozialismus ist eine demokratische Gemeinwirtschaft. Die entscheidenden Produktionsmittel müssen vom privaten Monopol einer verschwindend kleinen Minderheit zum Gemeinbesitz der demokratischen Gesellschaft werden. Statt nach den Gesetzen des Marktes und dem Recht des Stärkeren wird die Gesamtwirtschaft solidarisch und demokratisch gestaltet. Auf dem Weg dahin werden die heutigen Organisationen der Gegenmacht zum Kapital – Gewerkschaften, Betriebskommissionen, Genossenschaften, KonsumentInnenorganisationen, Umweltverbände, NGOs – allmählich durch eine Ausdehnung der Demokratie auf alle Gesellschaftsbereiche die Macht des Kapitals verdrängen.

Durch die Abschaffung des Privateigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln entsteht die Grundlage dafür, dass alle Menschen Privateigentum an den Gütern des täglichen Bedarfs besitzen können. Zusammen mit einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit bietet der Gemeinbesitz an Produktionsmitteln auch Gewähr dafür, dass Kultur und Bildung allen Menschen auf dieser Welt zugänglich werden.

13.1. Freiheit und Gleichberechtigung

Indem sie das Privileg einer Minderheit, andere auszubeuten und zu unterdrücken, beseitigt, eröffnet die demokratisch-sozialistische Produktionsweise allen Menschen neue Möglichkeiten der individuellen und gemeinschaftlichen Freiheit. Die Freiheit der persönlichen Beziehungen, der Liebe, der Sexualität, des Wohnens, des Reisens, des Konsums und aller anderen Aspekte eines sinnerfüllten Lebens werden lediglich durch den Grundsatz der Naturverträglichkeit und der gesellschaftlichen Solidarität beschränkt, damit sichergestellt ist, dass auf Dauer alle Menschen ein befriedigendes Leben führen können. Ohne die vollständige Überwindung patriarchalischer, sexistischer und frauenunterdrückender Strukturen ist ein moderner Sozialismus nicht denkbar.

13.2. Frieden und Solidarität

Weltweit müssen Imperialismus und Militarismus überwunden werden. Stattdessen wollen wir weltweit eine solidarische und demokratische Völkergemeinschaft verwirklichen. Dabei geht es nicht darum, die Eigenart der Völker, Nationen und Regionen einzuebnen. Diese sollen vielmehr die Möglichkeit haben, sich auf der Grundlage der Menschenrechte und des demokratischen Sozialismus weiter zu entwickeln.

13.3. «Sozialismus oder Barbarei»

«Sozialismus oder Barbarei», auf diesen plakativen Gegensatz brachte Rosa Luxemburg unter dem Eindruck des Massenmordens im 1. Weltkrieg die Zukunftsperspektiven der Menschheit. Die bisherige Entwicklung hat ihre Vorhersage aufs Eindrücklichste und Schrecklichste bestätigt. Der demokratische Sozialismus ist die einzige menschliche und fortschrittliche Alternative zur heutigen von Katastrophen und Krieg erschütterten Weltordnung. Wenn sich nichts ändert, wird die Menschheit in Krieg, Armut, Naturzerstörung, nationalem Chauvinismus und religiösem Fanatismus versinken.

Der Sozialismus kommt nicht von allein. Der Kampf für eine bessere Gesellschaft ist hart. Doch je mehr Menschen sich ihm anschliessen, desto schneller, friedlicher und erfolgreicher wird er sein. Der Preis für sein Scheitern ist nicht nur hoch, sondern unbezahlbar: Es ist der Untergang der menschlichen Zivilisation.

Als gesellschaftliche Opposition ist die Sozialdemokratie Teil dieser weltweiten Auseinandersetzung. Wir setzen uns ein für die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen. Unser Kampf ist ein Teil unseres Lebens. Weil wir der festen Überzeugung sind, dass kein Mensch unterdrückt und ausgebeutet werden darf, weil wir gegen Hunger und Elend kämpfen und für die Wohlfahrt aller, weil wir wissen, dass die freie Entwicklung eines jeden Menschen die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist – deshalb sind wir Sozialistinnen und Sozialisten.

14. UnterstützerInnen

Gabriel Barta, Kassier SP Genf

Marina Carobbio, Fraktionschefin Grossrat SP Tessin

Timothée Cuénod, Präsident JUSO Basel Stadt

André Daguet, NR SP Bern

Marlyse Dormond- Béguelin, NR SP Waadt

Dan Gallin, Global Labour Institute

Valérie Garbani, NR SP Neuenburg

Dominique Hausser, Präsident SP Genf

Beat Jurt, SEV RM Visiteur SBB, SP Ittigen/Bern

Ivan Kolak, Vorstandsmitglied SP Regionalverband Biel/Bienne-Seeland

Kevin Luximon, SP Waadt, JS Waadt

Claudio Marti, Zentralsekretär JUSO Schweiz

Liliane Maury Pasquier, NR SP Genf

Sylvie-Fee Michel, Vorstandsmitglied JUSO Stadt Zürich, Vorstandsmitglied SP Zürich 6

Martin Pallmann, SP Utzigen

Renate Pallmann, SP Utzigen.

Fabio Pedrina, NR SP Tessin

Jean-Claude Rennwald, NR SP Jura

Géraldine Savary, NR SP Waadt

Carlo Sommaruga, NR SP Genf

Stand 4. 2. 2004

Weitere UnterstützerInnen melden sich bitte bei info@socialism.ch

Dieser Text steht unter www.socialism.ch zum Herunterladen bereit.